

EUROPÄISCHES PARLAMENT



**SONDERAUSGABE**

*DIREKTION PLANUNG  
DER PARLAMENTARISCHEN ARBEIT*

**EUROPÄISCHER RAT  
16. und 17. Oktober 2003  
Brüssel**

**REDEN DES PRÄSIDENTEN, HERRN PAT COX  
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



06/S-2003

*Generaldirektion Präsidentschaft*

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2003)  
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2003)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\Bruxelles

**REDEN**



**REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
VOR DER SITZUNG DER REGIERUNGSKONFERENZ AUF EBENE  
DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS**

**16. OKTOBER 2003, BRÜSSEL**

Sehr geehrter Herr Präsident,

diese Sitzung der Regierungskonferenz auf Ebene der Regierungschefs wird sich auf institutionelle Fragen konzentrieren. Gemäß unserer gestrigen Vereinbarung werde ich Ihnen den Standpunkt des Parlaments zu fünf unterschiedlichen institutionellen Fragen darlegen:

- Präsident des Europäischen Rates,
- qualifizierte Mehrheit,
- Zusammensetzung des Parlaments,
- Außenminister der Union,
- Zusammensetzung und Funktionsweise der Kommission.

Und ich werde, wenn Sie mir dies gestatten, am Schluss zwei allgemeine Bemerkungen machen.

Präsident des Europäischen Rates

Der Vorschlag des Konvents, das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates zu schaffen, ist ein Versuch, der Notwendigkeit der Kontinuität in der Arbeit der Union zu entsprechen.

Er oder sie wird eher ein(e) Vorsitzende(r) als ein(e) Präsident(in) sein. Er oder sie wird nicht das Oberhaupt eines neuen Staates sein, sondern der/die Hüter/in der Kontinuität, Förderer/in des Konsens und des Zusammenhalts der Union.

In der Sicht des Konvents ist das, was vorgeschlagen wird, kein neues Organ, sondern ein neues Amt. Der Präsident soll dem Rat vorsitzen, dies in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Kommission und auf der Grundlage der Arbeit des Rates Allgemeine Angelegenheiten. Hier sind einige Klarstellungen erforderlich, um eine Einigung zu erleichtern und Befürchtungen im Hinblick auf diese Neuerung zu beschwichtigen, dies sind aber eher organisatorische Probleme als eine Frage von Verfassungstexten. Die Verfassung sollte nicht mit Details überladen werden. Dem Europäischen Parlament geht es um stärkere Kontinuität in der Arbeit des Europäischen Rates, ohne dass das institutionelle Gleichgewicht gestört wird.

In ähnlicher Weise sollte der Vertrag für die fachbezogenen Ratsformationen bestimmte Grundsätze aufstellen, es sollte aber Sache des Europäischen Rates sein, die Einzelheiten ihrer Organisation zu beschließen. Ich verweise auf die in der Sitzung der Außenminister geäußerte Skepsis im Hinblick auf einen gesonderten Gesetzgebungsrat. In der Sicht des Parlaments ist der Schlüsselpunkt, dass bei allen Gesetzgebungsverfahren der Grundsatz der Transparenz beachtet werden sollte. Wann immer der Rat über die Rechtsakte der Union beschließt, sollte er dies öffentlich tun. Ferner sollten alle diese legislativen Beschlüsse auf einer politischen Ebene gefasst werden. Das Parlament, der andere Teil der Gesetzgebungsbehörde, braucht einen politischen Gesprächspartner im Rat für sämtliche erforderlichen Verhandlungen vor der gemeinsamen Ausübung unserer Beschlussfassungsbefugnis.

### Qualifizierte Mehrheit

Das Europäische Parlament begrüßt die Ausweitung des qualifizierten Mehrheitsvotums - und seiner logischen demokratischen und parlamentarischen Folgemaßnahme - des Mitentscheidungsverfahrens, wie vom Konvent vorgeschlagen. Die Zahl der erfassten Bereiche würde sich mehr als verdoppeln. Es würde zur Norm für die meisten Rechtsvorschriften werden.

Wir schlagen keinen Wunschzettel mit Sonderposten für das qualifizierte Mehrheitsvotum vor, aber es sollte eine gewisse Flexibilität herrschen. Die Union hat in ihrer Geschichte zuweilen erkannt, dass rasch gehandelt und neuen Herausforderungen begegnet werden muss (9/11; Vollendung des Binnenmarktes).

Das Parlament akzeptiert, dass in einigen heiklen Fragen nach wie vor Einstimmigkeit erforderlich sein wird, aber ein Veto in einer Union mit 27 oder mehr Mitgliedern ist kein demokratischer Schutz. Es ist ein Mahlstein um den Hals der Union. Wer an ein politisches Europa glaubt, muss Europa die Mittel an die Hand geben, damit es politisch handeln kann.

Wir unterstützen nachdrücklich die Antwort des Konvents auf diese notwendige Flexibilität mit dem, was nun in der Regel die "passerelle" genannt wird (Art. 24: Möglichkeit, dass der Europäische Rat einstimmig einen Beschluss fasst, damit der Rates in einem bestimmten Bereich mit qualifizierter Mehrheit handeln kann).

Wir begrüßen, dass Sie, die Mitglieder des Europäischen Rates, so die Möglichkeit erhalten, neue Beschlüsse zu fassen, wenn Sie alle der Meinung sind, dass diese erforderlich sind. Wenn eine Krise oder eine neue Herausforderung entsteht, so wird sich die Union nicht den Luxus leisten können, ihre Verfassungsvorkehrungen nach Belieben umzugestalten, bevor sie wirksam intervenieren kann.

Das Parlament begrüßt die vom Konvent vorgeschlagene Reform des qualifizierten Mehrheitsvotums mit der einfachen Formel der doppelten Mehrheit und nicht mit der Kompliziertheit des Vertrags von Nizza. Unseres Erachtens wird dadurch die Beschlussfassung effizienter und verständlicher als die komplizierten Verfahren von Nizza.

### Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit den Vorschlag des Konvents und die dahinter stehenden Grundsätze gebilligt (gerechte Vertretung der Bürger, Legitimität des Europäischen Parlaments und seiner Beschlüsse).

Sollte eine Bewegung in der einen oder anderen Frage Änderungen an der vorgeschlagenen Zusammensetzung verursachen, so wird das Europäische Parlament darauf bestehen, dass den Regeln für die Sitzverteilung Kriterien der objektiven Vernunft zu Grunde liegen.

Diese Kriterien werden sicherlich von uns berücksichtigt werden, wenn wir unsere erforderliche Zustimmung zum Beschluss des Europäischen Rates über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, der auf der Grundlage des Vorschlags des Europäischen Parlaments gefasst werden muss, erteilen.

Ein Handel unter dem Ladentisch, mitten in der Nacht, am Jahresende, bei dem Ratsstimmen oder Sitze im Europäischen Parlament aus Weihnachtsbeständen verteilt werden, wird das noble Werk, das wir angefangen haben, in Misskredit bringen. Eine Verfassungsklausel, nicht Santa Claus.

### Außenminister der Union

Das Parlament unterstützt diesen Vorschlag aus voller Überzeugung als eine der bedeutendsten Neuerungen im Entwurf des Verfassungsvertrags. Er würde der Außenpolitik der Union Zusammenhalt und Sichtbarkeit verleihen. Die Arbeit des Ministers im Rat würde durch seine Aufgabe, den Vorsitz im Rat der Außenminister zu übernehmen, verankert, wo die Beschlüsse über heikle außenpolitische Souveränitätsfragen grundsätzlich weiterhin gefasst werden. Ebenso gewährleistet die Tatsache, dass der Minister ein ranghohes und führendes Mitglied der Kommission ist, die exekutive Verantwortung und die unerlässliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament. Um zu funktionieren wird das Amt des Außenministers durch angemessene Ressourcen unterstützt werden müssen.

Dies ist der Lackmusest! Sind die Mitgliedstaaten bereit, dieses Signal zu geben, dass wir ernsthaft entschlossen sind, gemeinsam auf der Weltbühne zu handeln?

### Zusammensetzung der Europäischen Kommission

Im Vertrag von Nizza wurde bereits eingeräumt, dass eine Zeit kommen wird, wo nicht jeder Mitgliedstaat sein eigenes Kommissionsmitglied haben wird. Dies ist akzeptabel, sofern alle Mitgliedstaaten auf gleichberechtigter Basis Zugang zur Kommission haben. Der Konvent hat nach einer Formel gesucht, um eine schlankere, effizientere Kommission auf Sicht mit einer gleichwertigen Vertretung für kleine und große Mitgliedstaaten zu kombinieren. Dies mag nicht die einzige Vorgehensweise sein, die Beweislast liegt jedoch bei denjenigen, die Alternativvorschläge haben. Wie soll eine Kommission aussehen, die morgen in einer Union mit 27 oder 28 und später noch mehr Mitgliedern arbeiten und dabei den Grundsatz der Gleichheit wahren soll?

Schlussbemerkungen

Der italienische Ratsvorsitz hat ein beeindruckendes Tempo vorgelegt und bereits drei Sitzungen der Regierungskonferenz auf politischer Ebene organisiert, der Vorsitz kann jedoch nicht alles machen. Wir hoffen, dass man der Versuchung widersteht, wieder eine lange Liste von Themen aufzustellen, die bereits ausführlich im Konvent erörtert und in einem breiten Konsens akzeptiert wurden. Wenn ich einige Bemerkungen, die auf Ministerebene gefallen sein sollen, so bedenke, dann fürchte ich dennoch, dass einige anscheinend wieder alles von vorne aufrollen, als ob sie vor sich eine leere Seite hätten. Wir müssen das Innovative hervorheben und nicht auf das Zweitbeste zurückfallen.

Wie andere und ich in Rom gesagt haben: diejenigen, die die vom Konvent erzielten Konsenslösungen ablehnen, sollten Vorschläge machen, zu denen ein ähnlich breiter Konsens erreicht werden kann.

\*  
\* \*

Abschließend, Herr Präsident, begrüßen wir Ihre Bemühungen, diesen Prozess dadurch zu öffnen, dass die Dokumente der Regierungskonferenz ins Internet gesetzt werden. In der kommenden Woche werden wir im Europäischen Parlament in Straßburg die erste einer Reihe von Aussprachen mit nationalen Parlamenten durchführen, die wir während der gesamten Dauer der Regierungskonferenz abhalten, und wir sind Herrn Frattini zu Dank dafür verpflichtet, dass er sich bereit erklärt hat, an diesen Sitzungen teilzunehmen.

---



**REDE VON PAT COX, PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
VOR DEM EUROPÄISCHEN RAT****BRÜSSEL, 16. OKTOBER 2003**

Sehr geehrter Herr Präsident,

In der Sitzung von heute Vormittag habe ich die Standpunkte des Europäischen Parlaments zu der Regierungskonferenz dargelegt. Sie haben mir die Gelegenheit geboten, während des Arbeitssessens einige Fragen der auswärtigen Angelegenheiten anzusprechen<sup>1</sup>; deswegen werde ich mich hier auf die Wirtschaftsfragen konzentrieren, die auf der Tagesordnung des Europäischen Rates stehen, und ein paar Bemerkungen zum Bereich Justiz und Inneres vorbringen.

\*  
\* \*

Selbstverständlich unterstützt das Europäische Parlament nachdrücklich alle Initiativen, die auf die Förderung des Wachstums in der Europäischen Union abzielen. Daher begrüßen wir eine mögliche Vereinbarung über die Transeuropäischen Netze – Verkehrsinfrastrukturprogramm. Wir werden gerne das „Quick Start“-Programm prüfen, das auf vorbereitenden Arbeiten in der Kommission beruht und eine aktive Zusammenarbeit mit der EIB vorsieht.

In einer Zeit von weltweit niedrigen Zinssätzen sollten Finanzmittel für Projekte zur Wachstumsförderung verfügbar sein. Andererseits müssen wir nach Kräften an der Beseitigung technischer, rechtlicher und administrativer Hindernisse arbeiten, die den Erfolg von umfassenden Infrastrukturprogrammen oder FuE-Programmen gefährden könnten. Im Übrigen bin ich fest davon überzeugt, dass der Privatsektor durch öffentlich-private Partnerschaften (PPP) für diese Förderung des Wachstums mobilisiert werden muss.

In Ihren Kommentaren zur Tagesordnung für die Sitzung haben Sie einen Punkt angesprochen, der auf den ersten Blick als rein technischer Punkt erscheinen mag, nämlich die Aufforderung an die Kommission, die 95 Prinzipien der ESVG bezüglich der Behandlung der PPP in den nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu verdeutlichen. Allerdings handelt es sich hier nicht um eine Frage bloßer Buchführungstechniken, sondern um ein sehr politisches Problem. Wenn die Risiken, die mit der Mobilisierung privater Ressourcen für öffentliche Projekte in unseren volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbunden sind, weiterhin als öffentliche Ausgaben behandelt werden, dann werden sie die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, die Bestimmungen des Wachstums- und Stabilitätspaktes einzuhalten, erheblich beeinflussen. Daher hat diese Frage eine direkte Auswirkung auf die Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten, und dies in einer Zeit, in der es mehrere Mitgliedstaaten schwierig finden, die Haushaltskriterien des Paktes zu erfüllen.

---

<sup>1</sup> Während des Arbeitssessens ging der Präsident auf drei Punkte ein:

- i) die Bereitschaft des Parlaments, eine finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau im Irak zu leisten. Er unterrichtete den Europäischen Rat über die Beratungen des Haushaltsausschusses, über die in der nächsten Woche im Plenum abgestimmt wird;
- ii) die sehr weit verbreiteten und tiefen Besorgnisse im Parlament bezüglich der von den Israelis errichteten Sicherheitsmauer;
- iii) vor dem Hintergrund seiner eigenen kürzlichen Reise in die Länder des westlichen Balkan: die Notwendigkeit für die Union, weiterhin eine Politik des aktiven Engagements zu verfolgen und die in der Region zu beobachtende positive Entwicklung der Haltung zur europäischen Integration zu fördern.

Die in der heutigen Sitzung erzielten Fortschritte zur Wachstumsinitiative sind nur ein Teil des Gesamtbildes. Europas Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotenzial wird weitgehend von den Maßnahmen der Mitgliedstaaten und ihrem Erfolg bei der Förderung von Wirtschaftsreformen bestimmt. Die Front bei diesen Kämpfen verläuft in Berlin, in Rom, in Paris, in den nationalen Hauptstädten, nicht in Brüssel – Europa. Soziale Reformen und Arbeitsmarktreforemen in den Mitgliedstaaten sind die entscheidenden Faktoren einer Wachstumsstrategie für Europa. Die Beschlüsse müssen auf nationaler Ebene gefasst werden, aber was auf dem Spiel steht, ist die wirtschaftliche Zukunft Europas. Die nationalen Regierungschefs, wie Gerhard Schröder in Berlin, Jean-Pierre Raffarin in Paris und Sie, Herr Präsident, die die Reformbestrebungen anführen, müssen die Beschlüsse, die Ihres Erachtens umsetzbar und angemessen sind, auf nationaler Ebene fassen, und die Entscheidung darüber liegt bei Ihren Parlamenten und Ihrer öffentlichen Meinung. Allerdings benötigen diejenigen, die diese Debatte auf nationaler Ebene führen, eine eindeutige Unterstützung seitens der europäischen Institutionen. Bisher war die Europäische Union allzu schweigsam und ihre Unterstützung kaum wahrnehmbar, obgleich Europa von dem Erfolg, den Sie mit den nationalen Reformprogrammen haben werden, am meisten profitiert.

Lassen Sie uns jedoch die bedrohliche Wettbewerbssituation, in der sich Europa derzeit befindet, nicht unterschätzen.

Bis zum Jahr 2000 entfiel auf Europa lediglich ein Viertel der Zahl von Patenten pro Million Einwohner, die die Vereinigten Staaten erzielten. Selbst die erfolgreichsten Mitgliedstaaten der Europäischen Union konnten lediglich die Hälfte der amerikanischen Bilanz erreichen. Wir haben 28 Jahre Diskussionen gebraucht, um Fortschritte beim Gemeinschaftspatent zu erzielen, und auch dann noch ist das Ergebnis kostspielig. Außerdem gibt es eine sehr lange Übergangszeit, die zu den Jahren der Verschleppung und der Verzögerung hinzugezählt werden muss.

In Bezug auf die strategischen Investitionen unterstützen wir das Ziel von 3%, das in Barcelona für FuE-Investitionen beschlossen wurde, voll und ganz. Natürlich muss der hauptsächlichste Schub für FuE vom Privatsektor kommen, aber ein Drittel davon sollte auf die öffentlichen Investitionen entfallen. In der durch Forschung geförderten modernen Wirtschaft hinkt Europa weiterhin hinterher. Auch hier sind uns die USA weit voraus, denn sie geben 2,7% ihres BIP im Vergleich zu 1,9% im europäischen Durchschnitt für FuE aus.

Wir haben uns in Barcelona ein hohes Ziel gesteckt, doch wir sind weit davon entfernt, es zu erreichen. Eines der Probleme unserer Beratungen in den europäischen Institutionen besteht darin, dass wir in der Rhetorik stark, aber in der Verwirklichung schwach sind. Dies erinnert mich an den berühmten Versprecher des früheren Oberbürgermeisters von Chicago, Richard M. Daley, der statt der Wendung „a higher plateau of achievement“ die Wendung „a higher achievement of platitudes“ gebrauchte. Was wir in Europa brauchen, sind weniger Platitüden und mehr Attitüde.

Wir müssen unsere Ziele durch nachhaltige Maßnahmen untermauern und diejenigen unterstützen, die in vorderster Linie für die wirtschaftliche Reform kämpfen.

Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass wir Europas Wettbewerbsfähigkeit nicht behindern, wenn wir in der Europäischen Union Rechtsvorschriften erlassen und die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit festlegen.

Wir haben erst kürzlich eine Vereinbarung zur Verbesserung der Qualität unserer Rechtsvorschriften geschlossen. Die Institutionen sind nun verpflichtet, Folgenabschätzungen für die Entwürfe von Rechtsvorschriften und die Änderungsvorschläge zu diesen Entwürfen vorzunehmen. Der vorrangigste Bereich für die Folgenabschätzungen ist die Wettbewerbsfähigkeit. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, unsere Vorschläge einer ernsthaften und objektiven Analyse der Auswirkungen zu unterziehen, die sie auf die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit in der Union haben werden.

\*  
\* \*

Lassen Sie mich nun noch kurz auf die Punkte Ihrer Tagesordnung eingehen, die den Bereich Justiz und Inneres betreffen.

Ich unterstütze die geplante Europäische Grenzschutzagentur; es ist eine nationale und eine europäische Verpflichtung, wirksame Grenzkontrollen durchzuführen. Was die vorgeschlagenen Quoten angeht, so vertritt das Europäische Parlament dazu keinen festen Standpunkt, doch ich weiß, dass diese sehr sensible Frage im Parlament große Probleme aufwerfen wird.

Auch im Bereich Justiz und Inneres gibt es eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der Europäische Rat von Tampere hat 1999 anspruchsvolle Ziele festgelegt; die Kommission und das Parlament haben nachdrücklich an Initiativen in den Bereichen Asyl- und Einwanderungspolitik gearbeitet. Die sechs jüngsten Initiativen, deren Bearbeitung das Europäische Parlament abgeschlossen hat, sind immer noch, in manchen Fällen seit zwei Jahren, im Rat blockiert. Wir müssen unsere Rhetorik an der Realitätsprüfung messen. Die von Ihnen gesetzten Ziele werden wegen Schwierigkeiten innerhalb des Rates für Justiz und Inneres nicht erreicht.

Europa als ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist nicht nur eine Frage der Einwanderung, des Asyls und der Kontrollen. Es ist auch eine Frage der Einhaltung der Grundrechte. Besondere Sorgen machen sich unsere Bürger um den Datenschutz. Ich bedauere, dass wir mehrere Jahre nach einer Vereinbarung zur Einrichtung einer Europäischen Datenschutzbehörde immer noch nicht über das erforderliche Personal verfügen, um diese Arbeit zu tun, unsere Normen zu vereinheitlichen und unseren Standpunkt gegenüber unseren Partnern deutlich zu machen.

Ihre Arbeit im Bereich der Wirtschaftsreform und im Bereich Justiz und Inneres wird erfolgreich sein, wenn die anspruchsvollen Ziele, die Sie in den Schlussfolgerungen anführen, mit der aktiven Unterstützung Ihrer Minister in den jeweiligen Fachräten, in denen die Beschlüsse gefasst und durchgeführt werden, weiter verfolgt werden.